

## Jetzt ist Transparenz gefordert

Das Glarner Jugendkomitee zukunft.gl ist empört darüber, dass gleich mehrere Glarner Gemeinden mit Steuergeldern das private Komitee gegen Zwangsfusionen unterstützen und so politische Propaganda gegen die Regierung und gegen breite Teile der Bevölkerung betreiben.

Dass einzelne Gemeindeoberhäupter offenbar glauben, die Meinung ihrer gesamten Dorfbevölkerung gepachtet zu haben und deshalb ohne deren Wissen tausende Franken verschleudern, ist mehr als nur eigenartig und zeugt von wenig Fingerspitzengefühl, wenn es um Eigeninteressen geht.

Wie stark einzelne Gemeinden mit privaten Komitees verschmelzt sind, zeigt sich vor allem am Beispiel Obstalden. Sowohl die offizielle Postadresse des Komitees gegen Zwangsfusionen wie auch die Info-Telefonnummer führen direkt zur Gemeindekanzlei Obstalden. Jegliche Neutralität dieser Gemeindebehörde scheint bereits zum Voraus ausgeschlossen.

Die beiden grössten Glarner Jungparteien (Glarner Jungfreisinnige und Juso Glarnerland) und damit die grosse Mehrheit der politisch engagierten jungen Glarnerinnen und Glarner unterstützen die Gemeindefusionen, weil sie unserem Kanton eine Zukunft bietet.

Im gemeinsam gegründeten Komitee engagieren sich diese Jugendlichen in ihrer Freizeit für die wichtige Zukunftsvorlage. Das politische Engagement dieser jungen Leute für unseren Kanton, aber auch deren Vertrauen in den Staat, wird durch den verschwenderischen Umgang von Steuergeldern in einzelnen Gemeinden mit Füssen getreten.

Im Sinne einer transparenten Verwendung von Steuergeldern fordert das Jugendkomitee zukunft.gl die Gemeindebehörden auf, noch vor der Landsgemeinde die Öffentlichkeit freiwillig über allfällige Spendenbeiträge an private Abstimmungskomitees zu informieren.

Die Arbeit des Jugendkomitees zukunft.gl wird übrigens ohne jegliche öffentliche Gelder, sondern ausschliesslich durch Mitgliederbeiträge sowie durch Spenden von Privatpersonen und Firmen finanziert.

Glarner Jugendkomitee zukunft.gl

## Für zehn selbstbewusste, starke Gemeinden

Im erfolgreichen Kanton Obwalden mit 33 500 Einwohnern bestehen sieben Einheitsgemeinden, die dank ihrer Stärke eine grosse Autonomie in der Aufgabenerfüllung haben.

An der Landsgemeinde können auch wir Glarnerinnen und Glarner Ja zur Umsetzung dieses Erfolgsmodells von starken autonomen Gemeinden sagen. Ich befürworte starke Gemeinden, die zukunftsgerichtet agieren und transparent informieren.

Hören wir nicht auf die 14 Gemeindepräsidenten, die sich an ihren Job klammern und lieber weiter wursteln wollen, bis die schwachen Gemeinden infolge Geldmangel zwangsfusioniert werden müssen.

Gemeindepräsidenten, die ohne Zustimmung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Geld sprechen für ein privates Komitee; sich gleichzeitig aber gerne am grossen Topf des kantonalen Finanzausgleiches bedienen, verfolgen keine zukunftsgerichtete Politik für ein starkes Glarnerland, sondern fördern den schleichenden Niedergang.

Sagen wir Ja zur Gemeindefusion, dann erhalten wir starke, selbstbewusste Gemeinden!

Martin Leutenegger, Landrat, Glarus

## Wie das Glarnerland eine rosige Zukunft hätte

Linthal hat den Zuschlag erhalten für das Solarzellenprojekt, das bis zu 170 Arbeitsplätze bringen soll. Ich gehe davon aus, dass die Glarnerinnen und Glarner verstanden haben, auf welchem Mist das Projekt entstanden ist. Ich war bei der Platzierungswahl frei, und doch habe ich mich bewusst entschieden, zuhinterst ins Tal zu gehen. So dass der Dummste endlich versteht, dass ich für die ganze Talschaft denke und plane. Vielleicht wird nun auch mein Umwelt-Themen-Park (sbp.ch) endlich verstanden.



**Haben die Glarner Obrigkeiten Angst vor dem eigenen Volk?** Dass sie sich von ihm durch einen so engen Kordon von Soldaten abschirmen lassen müssen? Sie sehen aber ziemlich einsam aus, so allein im gähnend leeren Geviert. Früher einmal war das Militär dazu da, die Feier aller zu beschirmen.

Text und Bild August Berlinger

Doch es muss noch weiter gehen. Hier ist ein neues Papier, das helfen soll, im Glarnerland die Spreu vom Weizen zu trennen. Ich weiss, dass wir uns damit nicht nur Freunde machen, nur leider steht es an.

Also nun zu den strategischen Zielen, die unserer Talschaft an der Durchgangssache neue Arbeitsplätze und eine bessere Zukunft ermöglichen:

- Alle Waffenplätze eliminieren und umnutzen;
- Militärfjets an Österreich verschern und abschaffen. Einen Teil des Geldes an Piccards Solar-Impuls geben (mit Sonnenenergie um die ganze Welt).
- Panzer umrüsten zur Minenräumung und verschenken (die «Rüssel» dazu sind schon vorhanden).
- öffentliches Rauchverbot.
- Individualverkehr einschränken, Einzelfahrten erschweren, Mehrpersonenfahrten belohnen. Gratis öV.
- Alle Richtpläne schneller anpassen (zehn Jahre sind zu lang).
- Ausnützungsziffer im Baugesetz aufheben.
- Alle Südseiten der Gebäude solar-technisch nutzen; Gemeinden und Kirchen sollten vorangehen.
- Ausländer besser integrieren und zu Wahlen zulassen.
- Holzförderung und Holztechnologien explizit fördern.
- Kunstvoll und verdichtet bauen (Beispiel Vittorio Sacci)
- Klein- und Kleinst-Kraftwerke fördern.
- Organspendenobligatorium.
- Wer mehr als 140 000 Franken Einkommen pro Jahr hat, gibt vom Überschüssigen 5 bis 10 Prozent in einen Innovationsfonds und kann mitreden.

- Reiche Leute, die über 1 Million Vermögen haben, direkt persönlich in die Verantwortung nehmen.
- Kantonsübergreifendes Grossgefängnis in Rütli neben der Bahn.
- Neue Schienenfahrzeuge mit Induktionsbatterie ab Mollis/Näfels Bahnhof 2 Meter ab Boden auf Holztrasse bis Weesen zum ersten P+R-Holzparkhaus.
- Logistikzentrale für Personen und Güter beim Umwelt-Themen-Park.
- Schienen-Teststrecke Weesen-Linthal mit Atranz/Pombardier/Siemens/Stadler und Uni Paderborn und SBB. Wenn die SBB nicht spüren, privatisieren.

- Flugbenzin (Kerosin) besteuern. Leichte und leise Fluggeräte fördern.
- Erneuerbare Energien fördern.
- Brückenkopf zu Afrika, aufarbeiten jeglicher Altlasten bis hin zur Kolonialzeit.
- Jegliche Lärmbekämpfung durch Leichtbau.
- Plastikprodukte, die nicht aus Recycling stammen, besteuern.
- Der globalen Erderwärmung und der Armut entgegenzutreten.
- Promis einbinden: Sharon Stone, Angelina Jolie, Bono, DJ Bobo, Jean Ziegler, Roger Federer, Arthur Cohn, Daniel Vasella, Doris Leuthard, Bill Gates, Larry Page, Tina Turner und andere.
- Dem Güllegestank mit einer Biogasanlage entgegenzutreten (My Clymet).

- Zweimal monatlich Fahrverbot für den Emissions-Verkehr zwischen Niederurnen und Schwanden. Kann auch für Zürich oder Chur gelten. Rotierend, sodass jeder Tag einmal eingebunden ist.
- Zwingende Parkplatzbewirtschaftung und damit kostenloser oder öV (oder für 2 Franken).
- Endlager von schwach radioaktivem Abfall (meist aus Spitälern) in alten Militärfelsenbunkern in Mollis deponieren.

- Formel-1-Schrott abschaffen, mitsamt allen Tabakreklamen. Das Geld soll in die Entwicklung von leichten und leisen erneuerbaren Energiefahrzeugen gesteckt werden.
- Jedes Diesel-Fahrzeug, das vorgeführt werden muss, wird nur noch mit Partikelfilter zugelassen. Unser Kanton fängt an.
- Stinkende Schweinemast abschauen. Hier wurde viel zu lange zugehört.

Insider wissen, was sie den Querkern bis heute zu verdanken haben.

Fernando Reust, Ennenda

## Was kosten eigentlich unsere Kinder?

«Wirtschaftsverbände lancieren Referendum gegen einheitliche Kinderzulagen» und «Da helfen Kinderzulagen nichts» titelt die «Südostschweiz» vom 5. April.

Mit den Resultaten aus verschiedenen Untersuchungen wird uns Eltern immer wieder erklärt, dass ein Kind zwischen 800 000 und 1 000 000 Franken koste. Wenn man diesen Untersuchungen glaubt (und das tun wir ja sicher alle), gebe ich für meine vier

Kinder, bis sie rund 20 Jahre alt sind, also zwischen 3,2 und 4 Millionen Franken aus. Nur dumm, dass ich in dieser Zeit kaum soviel verdienen werde.

Nun lese ich in der «Südostschweiz», dass Peter Hasler, Direktor des schweizerischen Arbeitgeberverbandes, «eindringlich davor warnt, dass die Mehrkosten von 700 Millionen zu Lasten der Wirtschaft, des Bundes und der Kantone gingen.» würde man der einheitlichen Kinderzulage von 200 respektive 250 Franken für in Ausbildung Stehende zustimmen.

Mit diesen 700 Mio. Franken könnte man schweizweit also lediglich 700 Kinder grossziehen, glaubt man den Studien, die uns vorrechnen, was Kinder kosten (und das tun wir ja sicher alle)! Also verteilen wir diese 700 Mio. auf alle kinderfreundlichen Familien, die auch heute noch den Mut haben, Kinder auf die Welt zu stellen und für sie da zu sein.

Vor wenigen Jahren wurde uns eine katastrophale Lehrerverknappung vorausgesagt. Das Gegenteil ist eingetreten. Viel schneller, als uns allen lieb ist, leeren sich die Schulen, werden Lehrerstellen abgebaut, Schulen geschlossen, Klassen zusammengeführt.

Ich wage heute vorauszusagen, dass wir in weniger als zehn Jahren zu wenig junge Leute haben, die in der Wirtschaft einsteigen und unsere Sozialwerke auf längere Sicht sichern helfen. Dannzumal werden dann vielleicht jene jungen Erwachsenen aus dem Ausland einspringen, für die heute Kinderzulagen ins Ausland fliessen. Ein nicht wirklich erfreuliches Szenario.

Wir haben es in der Hand: Bemühen wir uns, die Eltern mit wenigstens einer einigermaßen angemessenen Kinderzulage zu unterstützen. Weiter müsste möglich sein, pro Kind mindestens 8000 Franken Steuerabzug zu machen. Dies wäre vielleicht ein Anfang zu einer, wenigstens moderaten, Steigerung bei den Geburten. Wir können diskutieren, so lange wir wollen: Kinder haben ist eine Frage der finanziellen Möglichkeiten.

Herr Hasler und seine gleichgesinnten Freunde werden nicht müde, auch diesmal das Thema Kinderzulagen tot zu reden und zu verzögern, so verstreichen wohl weitere Jahre, bis ein weiterer Nullentscheid getroffen wird. Bis dahin hat sich der Nachwuchs bei den Arbeitnehmern weiter ausgedünnt, und die Rekrutierung aus dem Ausland ist in vollem Gange. Dannzumal werden wohl weit mehr als 230 000 Kinderrenten ins Ausland fliessen, nur weiss dann niemand mehr so recht, warum das so ist. Aber wir haben ja dann den freien Perso-

nenverkehr, den uns die gleichen Wirtschaftsverbände aufschwatzten, die jetzt bei der Kinderzulage kneifen – merken Sie etwas?

Noch ein letzter Gedanke: Warum haben wohl die linken Parteien in neuester Zeit so viel Erfolg? Warum greift das Wischi-Waschi-Programm der bürgerlichen Parteien nicht mehr? Warum greift das «wirtschaftsfreundliche» (dafür kinderfeindliche?) Programm auch nicht mehr? Die Privatisierungspläne der Swisscom, der Abbau bei der Post und der Abbau bei den SBB lassen grüssen!

Soll ich noch etwas verraten? Die nächsten Wahlen kommen bestimmt. Wissen Sie, welche Parteien zulegen und welche verlieren werden? Ich weiss es...

Urs Menzi, Filzbach, momentan noch in der SVP

## Regierung will niemanden hinters Licht führen

**Zum Leserbrief «Wollen wir nicht mehr in einer Demokratie leben?» (Ausgabe vom Montag)**

(Auszug) Der Regierungsrat will sicherlich keine «Demokratatur», und das Stimmvolk will er auch kaum hinters Licht führen. Die Landsgemeinde ist unter anderem da, um über die Vision von zehn Einheitsgemeinden eine faire Diskussion abzuhalten.

Der selbe Jacques Schnyder machte vor zwei Jahren ein «inakzeptables» Defizit in der Gemeindekasse von Bilten geltend. Inzwischen wurde dort eine knappe Million in bauliche Massnahmen investiert. Das verstehe ich, denn gewisse bauliche Massnahmen (nicht die Spielplätze) sind unumgänglich. Es scheint mir recht unwahrscheinlich, dass das Defizit in der Gemeindekasse inzwischen aufgeholt ist. Die Auslagen einer politischen Gemeinde werden vom Stimmvolk, das angeblich hinters Licht geführt wird, mit Steuergeldern berappt.

Woher nimmt Jacques Schnyder die Behauptung, mit der Schaffung von zehn Einheitsgemeinden wolle man den Kanton Glarus abschaffen?

Ich bin noch im Besitze eines alten Glarner Heimatbuches. Darin schreibt der einstige Landammann Fritz Weber-Worni, es sei ihm nicht gerade wohl, wenn er alleine die Rednerbühne der Landsgemeinde betritt. Vor so vielen Leuten. Wenn der Regierungsrat wirklich das Volk hinters Licht führen würde, wären die Pöbeleien wohl programmiert.

Stefan Schnyder, Basel